Flugblatt-Affäre: Iris Berben wirft Aiwanger Schäbigkeit vor

12. September 2023, 8:51 Uhr



Iris Berben ist bekannt für ihren jahrelangen Einsatz gegen Antisemitismus. (Foto: Sven Hoppe/dpa)

Berben setzt sich seit Jahren gegen Antisemitismus ein. Das Flugblatt sei ein "widerwärtiges Stück Papier." Und auch Söder wird von der Schauspielerin kritisiert.

In der Affäre um ein antisemitisches Flugblatt aus Schülerzeiten hat Schauspielerin Iris Berben dem bayerischen Vizeregierungschef Hubert Aiwanger ein schäbiges Verhalten vorgeworfen. Aber auch bei Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) vermisst sie Haltung. Das Flugblatt sei "ein so unanständiges, gemeines und widerwärtiges Stück Papier" gewesen, sagte die 73-jährige Berben beim Ständehaus Treff der *Rheinischen Post* in Düsseldorf.

Bayerns Freie Wähler-Chef Aiwanger habe sich zwar nach langem Zögern entschuldigt, zugleich aber gesagt, er sei nicht der Autor gewesen. "Wofür entschuldigt er sich dann?" Es komme aber darauf an, wie der erwachsene Aiwanger heute damit umgehe, so Berben.

Eine halbe Stunde, nachdem er von Söder "Absolution" erhalten habe, sei Aiwanger in einem Zelt aufgetreten und habe sich feiern lassen als vermeintliches Opfer der Medien. "Das ist schäbig", sagte die preisgekrönte Schauspielerin, die sich seit Jahren gegen Antisemitismus einsetzt.

Söder warf sie zugleich "Machtkalkül" vor, auch wenn er in einer "Zwickmühle" gewesen sei. Der Regierungschef habe ihrer Ansicht nach in der Flugblatt-Affäre nur verlieren können, egal wie er sich entschieden hätte. "Aber ich finde, vielleicht muss man mal darüber nachdenken, für welches Verlieren man sich entscheidet."

Aiwanger hatte bestritten, zu Schulzeiten ein antisemitisches Flugblatt geschrieben zu haben, über das die *Süddeutsche Zeitung* berichtet hatte. Aiwangers Bruder sagt, er sei der Verfasser gewesen. In der Folge wurden weitere Vorwürfe zu Aiwangers früherem Verhalten erhoben. Nach mehreren Tagen entschuldigte er sich, beklagte aber zugleich eine Kampagne gegen sich. Bayerns Ministerpräsident Söder hält an seinem Stellvertreter und Wirtschaftsminister jedoch fest: Eine Entlassung sei "nicht verhältnismäßig".